

Laurahütte-Siemianowiker Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Plots. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzigste älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowik mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm. 31. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm. 31. im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Bettreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 100

Freitag, den 28. Juni 1929

47. Jahrgang

Die Komödie vor dem Staatsgerichtshof

Czechowicz' Aussagen — Die Minister führten nur Pilsudskis Befehle aus — Pilsudski gegen den Sejm der Staatsverräter — Eine Verwahrung des Abg. Dr. Liebermann

Warschau. Am Mittwoch, morgens um 11 Uhr, begann im Verhandlungsaal des höchsten Gerichtshofes der Prozeß gegen den

früheren Finanzminister Czechowicz

wegen der rechenischaistischen Verwendung der Zusatzkredite im Haushaltsjahr 1927/28. Unter den äußerst zahlreich versammelten Zuhörern sah man fast sämtliche Mitglieder des Kabinetts, mit dem Ministerpräsidenten Switalski an der Spitze und viele hervorragende Persönlichkeiten. Kurz nach 11 Uhr betraten die Mitglieder des Staatstribunal den Saal, unter ihnen der Großer des Wilna-Gebietes, General Feligowski, in voller Galauniform.

Nach den einleitenden Feststellungen und der Verlesung des Anklageaktes erhielt Czechowicz das Wort und führte in längerer Verteidigungsrede u. a. aus,

daß die Anklage formal nicht richtig sei und auf falschen Voraussetzungen beruhe.

Sie übersehe das wahre Staatsinteresse und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die weit wichtiger seien, als der am Buchstaben liebende Formalismus.

Als erster Zeuge wurde der zu diesem Zwecke aus Paris zurückgekehrte Innenminister General Skladkowski vernommen. Er erklärte ganz kurz, daß Marschall Pilsudski sich grundsätzlich die Regulierung und Handhabung der Beziehungen zwischen dem Kabinett und dem Sejm vorbehalten und damit die ganze Verantwortung grundsätzlich auf sich genommen habe. Aus diesem Grunde müßte er jede weitere Auskunft verweigern.

Der Handelsminister Kwakowski bestätigte die Aussage des Innenministers und begründete die beanstandeten Mehrausgaben mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Staates. Er selbst habe sich stets nur um sein Amt, das heißt, um die wirtschaftliche und nicht um die formelle Seite dieser Dinge gekümmert und könne daher auch keine weiteren Aufschlüsse geben.

Pilsudski greift an

Gleich nach der durch mehrere Fragen seitens der Anklage und Verteidigung unterbrochenen Kwakowskis wurde eine kurze Pause eingelegt, während Pilsudski eintrat. Bei Wiederbeginn der Verhandlung trat Marschall Pilsudski in blauer Uniform ein und ergriff kurz vor ein Uhr mittags zu etwa 1/2 stündigen Ausführungen das Wort.

Die stehend vorgebrachte Rede des Marschalls enthielt außerordentliche Anklagen des Sejms

und begann mit der ironischen Bemerkung, daß er der Marschall am Dienstag infolge großer Weile das Geßel über das Staatstribunal durchgelesen habe. Dieses Geßel sei eine Aneinanderreihung literarischer Fragen.

Sie gar nichts mit dem praktischen Leben und dem Staatsbedürfnis zu tun hätte.

Er habe darüber lachen müssen und hält es für ebenso unfruchtbar wie die heutige Verfassung selbst.

Ebenso ablehnend verhielt sich der Marschall gegenüber der Anklage, deren ersten Abschnitt er nochmals verlas.

Diese Anklage beruhe sich auf ein Geßel, das der erste Sejm gemacht habe.

Der erste Sejm sei aber eine Versammlung von Staatsverrättern gewesen, die eigentlich an den Galgen gehörten.

Dieser Sejm sei tot und erledigt und er könne nicht begreifen, wie man sich jetzt noch auf einen von ihm produzierten Anfinn berufen könne. Den heutigen Sejm verglich Marschall Pilsudski unter Anwendung einer höchst unparlamentarischen Bezeichnung mit einem Spielzeug, daß, indem es sich rasch drehe, vorn und hinten Töne von sich gebe. Man könne schließlich nicht mehr heraushören, welcher Ton von



Finanzminister a. D. Gabriel Czechowicz

vorn und welcher von hinten komme. Das Geßelgeßel kurz zusammenfassend schloß der Marschall damit, daß er

die Anklage gegen den verdienten Finanzminister als eine widersinnige und unverschämte Komödie bezeichne, umiomehr, als der erste Mann Polens, das heißt, er selbst im Kabinett gewesen und

die volle Verantwortung übernommen habe.

Das sei nichts weiter

als eine Art Ritualmord an Czechowicz.

Nach der Rede verließ Marschall Pilsudski, während sich die Zuhörer huldigend von den Plätzen erhoben, den Saal.

Als nächster Zeuge wurde der Sejmarschall Daszynski vernommen, der in längeren Ausführungen sich zur Sache äußerte. Vorher gab der parlamentarische Ankläger, Abg. Dr. Liebermann noch eine kurze Erklärung ab, in der er gegen die beleidigenden Angriffe des Marschalls auf den Sejm protestierte und seine Worte als nicht von objektiver Gerechtigkeit diktiert bezeichnete.

Briand über Marokko

Paris. Die französische Kammer setzte die Beratung der Anfragen über die Zwischenfälle von Mit Jacoub fort. Der Antrag Paul Boncour's, die Regierung solle zur Zerschneidung aller Irrtümer einer Untersuchung der Angelegenheit von Mit Jacoub durch den auswärtigen Ausschuss, den Armeeauschuss und den kolonialen Ausschuss der Kammer zustimmen, wurde vom Außenminister Briand abgelehnt, mit der Begründung, daß eine so weit gehende Untersuchung die Geister keineswegs beruhigen würde. Briand stellte darauf die Vertrauensfrage zum sozialistischen Antrag, die mit 347 gegen 200 Stimmen bejaht wurde.

Der Sitzung wohnten neben Poincarre fast alle Kabinettsmitglieder bei. Als erster Redner feierte der linksradikale Abg. Thomson das von Frankreich in Marokko vollbrachte Werk. Anschließend versicherte der linksrepublikaner Varenne, daß der französische Vormarsch bis zum Posten El Wardj und Mit Jacoub in der „friedlichsten“ Absicht und mit voller Zustimmung der marokkanischen Bevölkerung erfolgt sei.

Der Sozialist Renaudel kritisierte, daß unter den marokkanischen Truppen junge Rekruten verwendet würden, und verlangte, daß die Truppen besser vorbereitet würden. Er fügte seine Behauptungen auf die Artikel eines gewissen Roquemore. Als Kriegsminister Painleve diesen Gewährsmann als einen Scheffälcher bezeichnete, der nie Offizier gewesen sei, wurden auf der Rechten und im Zentrum laute Mißfallensrufe und Gebenheiten laut, so daß Renaudel in dem Lärm kaum verständlich machen konnte.

Kriegsminister Painleve antwortete, daß sich unter den Toten kein Rekrut befindet.

Außenminister Briand, der darauf das Wort ergriß, legte zunächst Verzögerung dagegen ein, daß die französische Politik in Marokko unaufhörlich leichtfertig sei. Der größte Teil der Kritik sei völlig ungerechtfertigt, da die Marokkaner 1914 herbeigeeilt seien, um ihr Blut zusammen mit den französischen Soldaten zu vergießen. Briand stellte dann das jetzt reiche und zivilisierte Marokko dem früheren armen, ungezogenen, barbarischen und von inneren Kriegen zerissenem Land gegenüber. Die Zwischenfälle in Marokko seien nicht auf eine Unklarheit der Regierung zurückzuführen. Das von gewissen Strategen geplante neue Vorgehen in Marokko verurteilte er ein für alle Mal. Das von Frankreich durchzuführende Werk sei ein Friedenswerk. Unter lebhaftem Beifall der Rechten und des Zentrums schloß Briand seine Ausführungen mit den an die Linksparteien gerichteten Worten: Beruhigen Sie sich, Frankreich will den Frieden in Marokko und es wird ihn mit allen Mitteln aufrecht erhalten. Im Anschluß daran brachte dann Paul Boncour seinen vorerwähnten Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ein.



Rücktritt der Regierung in Mecklenburg-Schwerin

In der ersten Sitzung des neugewählten Landtages am 9. Juli wird die Regierung von Mecklenburg-Schwerin, an deren Spitze der sozialdemokratische Ministerpräsident Schröder (im Bilde) steht, ihren Rücktritt erklären.

England und die Geeabrüstung

Eine Erklärung Hendersons und Macdonalds

London. In einer Rede auf der am Dienstag abend abgehaltenen Versammlung der Arbeiterpartei, bezog sich der englische Ministerpräsident Macdonald auf seine Unterredung mit General Daves und Gibson über die Geeabrüstungsfrage und sagte: „Ich bin überzeugt, daß die Hindernisse auf dem Wege zur Verständigung nur entstanden sind aus Mangel an gegenseitigem Verständnis. Eine große Sache, die heute gewünscht wird, ist die Fähigkeit der verschiedenen Völker, sich selbst in die Lage der anderen zu versetzen, und wir werden versuchen, dieses durch die Verhandlungen zu erreichen. Ich hoffe, daß wir innerhalb weniger Tage in der Lage sein werden, Bericht zu erstatten, wie die Verhandlungen geführt werden müssen, wo die Konferenz abgehalten werden soll und welche Ziele wir gern verfolgen möchten.“

Auch der Minister des Auswärtigen, Henderson, erklärte, daß es die Regierung gern sehen würde, mit allen Nationen gute Beziehungen und Frieden zu unterhalten. Sie hoffe, etwas in dieser Richtung beitragen zu können, was aufbauend wirke und nicht nur England sondern allen europäischen Staaten die Rüstungsorgen abnehmen würde.

Fort mit jeder Kontrolle

England gegen den Feststellungs- und Versöhnungsausschuss.

Paris. Außenminister Briand empfing am Mittwoch den englischen Botschafter Inreell. Die Besprechung der beiden Staatsmänner bezog sich in der Hauptsache auf den Ort und den Zeitpunkt der Einberufung der politischen Konferenz sowie auf das Programm. In Pariser englischen diplomatischen Kreisen versichert man, die englische Regierung habe wissen lassen, sie wäre nicht geneigt, die französische Forderung zu unterstützen, der zufolge die Rheinlandräumung der Einsetzung eines ständigen Kontrollausschusses untergeordnet werden solle. Ebenso sei die englische Regierung gegen die Verlängerung der Amtsdauer des Versöhnungs- und Feststellungsausschusses bis 1930. Die englische Regierung ist offenbar der Auffassung, daß nach 1935 der Versöhnungs- und Feststellungsausschuss seinen Platz an die Kontrollorgane des Völkerbundes abtreten soll.

